

Die Vorsitzende begrüßte Frau Strie, die Ihrerseits nochmals die Vorlage und die wichtigsten Veränderungen durch KiBiz ansprach.

In der noch ausstehenden Verfahrensordnung würden die Modalitäten für den Ausbau für die unter 3-jährigen Kinder geregelt, daher sei hierzu noch keine konkrete Aussage möglich. Tatsächlich stünden nach einer konkreten Abfrage bei den Einrichtungen derzeit für 9% der Kinder U3-Plätze zur Verfügung, dies sei mehr als im aktuellen Bedarfsplan angestrebt.

Alle Umstrukturierungswünsche der freien Träger seien im Hinblick auf die Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz jedoch nicht umsetzbar, hierüber müsse im Unterausschuss noch beraten werden.

Es folgte eine kurze Diskussion über die Elternbeiträge, an der sich insbesondere Frau Ruland, Herr Knülle, Herr Radke und Herr Misch beteiligten. Herr Knülle stellte fest, dass durch KiBiz Mehrbelastungen ohne finanziellen Ausgleich auf die Kommunen zu kämen. Die SPD-Mitglieder würden einer Erhöhung der Elternbeiträge, die sich zur Finanzierung dieser Mehrbelastungen ergeben könnte, nicht zustimmen, betonte er. Herr Quiter betonte, dass derzeit keine konkreten Zahlen hierzu vorlägen, Ziel sei es jedoch, die Elternbeiträge nicht zu erhöhen und zur „alten“ Geschwisterkinderregelung, d.h. Beitragsbefreiung ab dem zweiten Kind, zurückzukehren, sofern dies finanzierbar sei. Eine Überprüfung der Elternbeiträge stehe im kommenden Jahr im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Elternbeitragsatzung an, teilte er mit.

Danach fasste der Ausschuss folgenden Beschluss: